

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kellerei Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 2,50 Mk. ohne Porto. — Einzelne Nummern 10 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 2. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die kleinste Anzeigenspalte 10 Pf. — oberhalb der Hauptmannschaft 15 Pf. — im amtlichen Teil (aus dem Schilde) die Zeile 10 Pf. — Gesamtamt mit Schilde 20 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 141

Dienstag den 20. Juni 1922

88. Jahrgang

## Vertikales und Sächsisches

**Dippoldiswalde.** Ein Gewitter am Sonnabend Nachmittag, das unsere Gegend berührte und selbstverständlich die Unterbrechung der Zuleitung des elektrischen Stromes herbeiführte, brachte auch den von der Landwirtschaft sehr leicht erwarteten Regen. Allerdings so lang ausdauernd hätte er ja nun nicht zu sein brauchen, denn mit wenig Ruhepausen hielt er den ganzen Sonntag über an und führte da die verschiedenen Veranstaltungen, die vorgesehen waren, auf das allerempfindlichste. Zunächst war es die Fernfahrt des Bundes deutscher Radfahrer „Rings um Dresden“, die am Morgen unsere Stadt berührte. Durchnäht und stark beschmüht langten die Fahrer von Glaschütze her hier an und setzten ihre Fahrt nach Reichstädt zu fort. Manche freilich „bauten ab“ und subten gleich nach Dresden zurück. Der Luchauer Berg hatte wohl allen bedeutende Schwierigkeiten gemacht. Die aufgeweichten Straßen, der dauernd strömende Regen ließ auch weiterhin noch manchen abfallen, oder durch Rad-, Reifen- oder Kettenbruch oder sonstigen Schaden an der Maschine ausscheiden, so daß von den gestarteten 9 Altersfahrern, 81 Amateuren und 36 Berufsfahrern nur 3 Altersfahrer (darunter einer mit 56 Jahren), 15 Amateure und 11 Berufsfahrer durchs Ziel gingen. — Auch das 2. Reichs-Arbeiter-Sportfest mußte unterbleiben. Es soll, wie wir hören, am Sonntag über acht Tage, 2. Juli, stattfinden.

— Auf das am 19. Mai an die Eisenbahn-Generaldirektion Dresden gerichtete Gesuch um Späterlegung des wöchentlich zweimal verkehrenden Spätabendzuges Hainsberg—Kipsdorf zum eine Stunde teilt dieselbe jetzt mit, daß darauf nicht zugetrieben werden kann, „weil erhebliche Mehrkosten infolge der Dienstverlängerung entstehen würden“. — Da hat sich die Generaldirektion wieder einmal recht leicht gemacht. Nachzuprüfen, ob nicht durch stärkere Benützung eines später verlegten Zuges die Mehrausgaben wieder gedeckt würden, macht man sich gar nicht erst die Mühe. Wir stehen allerdings auf dem Standpunkte, daß ein wirklicher Nachzug (erst 1055 ab Dresden) bedeutend mehr Passagiere haben würde, wodurch etwaige Mehrkosten infolge Dienstverlängerung nicht nur ausgeglichen, sondern durch Kleinrenten überholt würden. — Im übrigen sind die Gesuchsteller ja auch Provinzler, auf die weniger Rücksicht genommen zu werden braucht.

— Die Allgemeine Ortskrankenkasse Dippoldiswalde hielt am Sonnabend abend eine Ausschusssitzung ab, die von Seiten der Arbeitnehmer-Vertreter fast vollzählig, Seiten der Arbeitgeber-Vertreter aber sehr schlecht besucht war. Unter geschäftlichen Mitteilungen gab der Kassierer Adam einen Überblick über die Kassenverhältnisse im 1. Vierteljahr. Bei einem geringen Fallen der Mitgliederzahl von 1945 (1/4) auf 1792 (1/4) kamen 467 Erkrankungsfälle der Mitglieder und 127 solcher von Angehörigen vor. Erwerbsunfähig waren 211 Pflicht- und 38 freiwillige Mitglieder. Die Grippe-Epidemie hat hier ein Ansteigen der Zahlen hervorgerufen. Verletzungsfälle waren 16 zu verzeichnen. An Beiträgen wurden rund 260 000 M. von Pflichtmitgliedern und 13 300 Mark von freiwilligen Mitgliedern erhoben. Bei ersteren und in der Gesamtheit der Einnahmen ist die Summe mehr als die Hälfte der Gesamteinnahmen des Vorjahres, wie ja überhaupt fast alles um mehr als das Doppelte gestiegen ist. Auch die Ausgaben geben ein gleiches Bild. An Arzt-honorar wurden 63 000 M. gezahlt gegenüber 96 000 M. im ganzen Jahre 1921, an Zahnärzte 9900 M. gegenüber 14 080 M. im ganzen Jahre 1921. Bei Arznei und Heilmitteln aus Apotheken ist das Verhältnis ähnlich, 26 000 M. gegenüber 47 000 M. 1/4 Jahr 1921. An Krankengeld wurden 97 000 M. gezahlt, 153 000 M. im vorigen ganzen Jahre. Unter der Hälfte der Vorjahrsausgaben, also nicht in gleichem Maße wie die übrigen Ausgaben, sind gestiegen Hausgeld, Sterbegeld, die persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten, erstere 21 000 M. gegenüber 45 000 M., letztere 1800 M. gegen 12 000 M. Alles in allem kann der Stand der Kasse nicht ungünstig genannt werden, wenn natürlich auch weiterhin wie bisher Sparfamekeit in jeder Hinsicht geübt werden muß. Die Jahresrechnung 1921, die gedruckt vorlag, und bei deren Prüfung sich nur unwesentliche Differenzen herausgestellt hatten, die bereits richtig gestellt waren, wurde richtig gesprochen, ebenso wurden auch die Satzungsänderungen in der vom Vorstande vorge-schlagenen Fassung gut geheißen. Sie betrafen in der Hauptsache durch gesetzliche Bestimmungen nötig gewordene Änderungen, des weitern auch Gewährung von Sitzungsgeldern an die Ausschusssmitglieder. Anträge waren nicht

eingegangen. Unter verschiedenen Kassenangelegenheiten gab der Kassenvorstand, Stadtrat Vogt, noch bekannt, daß ein Antrag des Vorstandsmitgliedes Stelger, die Letzte um wöchentlich eine Nachmittagsprechstunde zu bitten, die so gelegt sei, daß die Mitglieder sie ohne Arbeitsverlust besuchen könnten, bei den Ärzten Verständnis gefunden habe und die Verhandlungen noch schwebten. Weiter gab er noch bekannt, daß auch in dem neugegründeten Kassenverbande, dem alle Kassen des amts-hauptmannschaftlichen Bezirks angehören, Zusammenkünfte mit Vorträgen, wie sie in der Freien Vereinigung gepflegt wurden, stattfinden würden und hat wiederholt dringend darum, unter den Mitgliedern dahin zu wirken, daß die nicht mehr gebrauchten Flaschen, Krücken usw., die jetzt einen ziemlichen Wert darstellen, an Kassenstelle abgeliefert würden.

— Beim Baden in der Talsperre ertrunken. In den jetzigen warmen Sommertagen wird sich leider dieser Sach nun zu oft wiederholen. Baden außerhalb des Stranndabes, Unkenntnis des Badegrundes und zu großer Wagemut haben nur zu oft den Tod im Gefolge. Am Sonnabend nach-mittag wollte ein Dresdner Realschüler vom Stranndabe „Seeblick“ aus die Talsperre durchschwimmen. Etwa 15 m vom jenseitigen Ufer verließen ihn aber anscheinend die Kräfte und er sank unter. Sofort angestellte Rettungsver-suche waren ohne Erfolg. Bis her konnte die Leiche noch nicht geborgen werden. — Wie wir hier noch bemerken möchten, wird nächster Tage hier ein Lichtbildervortrag stattfinden; im Anschluß soll ein Rettungsdienst für die Talsperre, ähnlich einem an der Elbe bestehenden, organisiert werden.

— Achtet auf die Wisamratte. Der strenge Winter hat die Frühjahrswanderung der Wisamratte verzögert. Sie setzt nunmehr in verstärktem Maße ein, d. h. der Schädling sucht jetzt in nördlicher Richtung, vom Gebirge aus vorzudringen, erneut Boden zu gewinnen. Auch schon im Elbtale werden neuerlich zugewanderte oder vom Hochwasser dahin verschlagene Wisamratten angetroffen. Die Bekämpfung dieses unsere Feld- und Landwirtschaft arg bedrohenden Schädlings erfordert vor allem die sorgfame Ver-haltung seiner Ansiedlung an Teichen und Flußläufen. Starke Uferunterwühlungen und abgebliesene Schilfstengel sind untrüg-liche Kennzeichen seiner Einnistung. Die stoffliche Größe des Tieres, das von der Schnauze bis zur Spitze des fast körperl-angen stiellich flach zusammengebrückten Ruderschwanzes 50 Zentimeter Länge erreicht, schließt Verwechslungen mit ande-ren heimischen Rattern aus. Durch regste Nachstellung und sofortige Meldung des Auftretens bei der Ortsbehörde sollte jedermann die Bemühungen des staatlichen Wisam-Bekämpfungsdienstes zur Ausrottung des Tieres unterstützen. Grundstücksbesitzer und -pächter, Jagd- und Fischereiberechtig-te und Wasserunterhaltungspflichtige sind bekanntlich hierzu verpflichtet. Der Pelzwert des sich rasch vermehrenden Schädlings und die durch Einnistung des Schwanzes von der Hauptstelle für Pflanzenschutz, Dresden, Stäbelallee 2, zu er-langende Fangprämie lohnen die Mühe regster Verfolgung.

— Zu befehlen ist die ständige Lehrerstelle in Ralsau, Befehlsbehörde: Oberste Schulbehörde; Gehalt nach den gesetzlichen Bestimmungen, Ortsklasse D, Dienstwohnung, mu-sikalische Befähigung erwünscht, Bewerbungsschrift bis 10. Juli verlängert. Bewerbungen an den Bezirksschulrat zu Dippol-diswalde.

**Reichstädt.** Für den gestrigen Sonntag war die Prüfung unierer Freiwilligen Feuerwehr angelegt, sie wurde vorgenommen durch Branddirektor Vogel—Glaschütze und Hauptmann Schmed—Höndorf. Anwesend waren noch in Vertretung des durch Krankheit behinderten Amtshauptmanns Reg.-Assessor Dr. Weber und verschiedene Kameraden von auswärts. Trob-dem es ununterbrochen regnete, waren von den 48 Mitgliedern der Wehr 46 zur Prüfung angetreten, zwei waren durch Krankheit entschuldigt. Ein Zeichen dafür, daß ein guter Geist aber auch edle Kameradschaft im Sinne des Wahlspruchs: „Einer für alle, alle für einen“ in der Wehr waltet. Möchte es auch anderwärts so sein. Die Kritik fiel sehr günstig aus. Der Fußdienst und der Steigerdienst am Turm wurden mit sehr gut, der übrige Steigerdienst und der Spritzendienst mit gut bis sehr gut zensiert. Beim Sturmangriff griffen alle drei Spritzen rasch ein, der ganze Angriff funktionierte gut, so daß auch hier wie in der Hauptzensur ein „sehr gut“ er-teilt werden konnte. Allseitig wurde die Wehr zu diesem günstigen Resultat beglückwünscht, anderseits aber auch zu weiterem gleichen Pflichter erfüllt. Namens der Wehr dankte Hauptmann Winkler allen Erschienenen, insbesondere auch den Inspektoren.

**Überndorf.** Am Sonntag fand die Inspektion der hies.

Freiwilligen Feuerwehr statt. Die Prüfung, die sehr unter dem strömenden Regen litt und von Branddirektor Vogel—Glaschütze und Hauptmann Stenker—Obercarsdorf vorge-nommen wurde, begann 1/7 Uhr mit Fußdienst/ dem Spritzen- und Steigerdienst folgten. Zum Sturmangriff war das Zimmermannsche Gut ausersehen. Bei der Kritik wurde allen Anwesenden, insbesondere dem Gemeinderate, warm ans Herz gelegt, auf Vergrößerung der Mitgliederzahl der Wehr bedacht zu sein. Zensiert wurden der Fußdienst, Spritzendienst und Sturmangriff je mit gut bis sehr gut, der Steigerdienst mit sehr gut. Als Hauptzensur wurde gut bis sehr gut erteilt.

**Jennersdorf.** Bei dem Gewitter am Sonnabend wurden auf der Jungolehweide ein Pferd und ein Fohlen vom Blitz erschlagen.

**Joßbach.** Am Freitag war es dem Gutsauszügler August Gössel vergönnt, mit seiner Gemahlin das seltene Fest der goldenen Hochzeit zu feiern. Beide Ehegatten, sowohl Vater Gössel als Hauswirtschafter als auch Mutter Gössel in and-wirtschaftlichen Arbeiten, sind noch recht rüstig.

**Altberg.** Während eines Gewitters am Sonnabend nachmittag schlug ein Blitzstrahl in die Scheune des Wirt-schaftsbesizers Otto Grumbt in der Nähe des Geisingberges und zündete. Unter anderem verbrannten dabei auch ein neuer und ein gebrauchter Wagen. Der Kalamitose hat nicht verschert.

**Geising.** Am Sonntag, den 11. 6. fanden in Lauen-stein die angesagten Faustballwettkämpfe der Jugendmannschaften Geising gegen Lauenstein und Bärenstein statt. Das erste gegen Lauenstein gewann Geising mit 14:13, das zweite gegen Bärenstein endete mit 22:12 auch für Geising.

**Dresden.** Durch die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei läßt die sächsische Regierung folgende amtliche Mitteilung verbreiten: Die in der letzten Zeit in der Presse veröffent-lichten Meldungen über angebliche Besprechungen und Ver-handlungen zwischen Fraktionen oder politischen Persönlich-keiten über eine Regierungsumbildung in Sachsen entbehren jeder Grundlage. Die Regierung steht in voller Ueberein-stimmung mit den sozialistischen Fraktionen auf dem Stand-punkt, einer Entscheidung über einen eventuellen Rücktritt der Regierung durch eine Landtagswahl keineswegs auszuweichen.

**Wilsdruff.** Ein Schwindler hat in unserer Stadt eine Gastrolle gegeben. Am 6. Juni hat ein Reisender, angeblich R. Raumann aus Freiberg—München—Breslau, in hiesiger Stadt Teilnehmer für einen am 14. Juni d. J. beginnenden Zuschneide- und Nähtkursus gewonnen. Er hat sich in vier zur Anzeige gebrachten Fällen Anzahlungen von 50 Mark geben lassen. Der Kursus sollte ich Gasthose zum „Goldenen Löwen“ und in der Stadtschule hier stattfinden. An beiden Stellen ist von Abhaltung eines solchen Kursus nichts bekannt.

**Coswig.** Nachdem die Baukostenzuschüsse durch Beschluß des Landtages von 180 M. auf 900 M. erhöht worden sind für den Fall gleichen Vorgehens der Gemeinden, mußte sich der Gemeinderat entschließen, die für 22 Wohnungen am 27. März d. J. bewilligte Summe von 277 200 M. auf 1 386 000 M. zu erhöhen. Da die Sparkasse nicht in der Lage ist, das Darlehen zu geben, hofft man, es durch den Kreis zu bekommen. Die Anleihe soll mit 10 Prozent ver-zinst und getilgt werden, und zwar aus den Erträgen der Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues, die auf 275 000 M. geschätzt werden.

**Meerane.** Der hier als Stadtratsrat gewählte Rechts-anwalt Dr. Sieber aus Dresden hat die Uebnahme des Postens abgelehnt.

**Glauchau.** Die König-Friedrich-August-Schule wurde in Vereinigte technische Schulen und Handelsschule „umgetauft“.

**Mittweida.** Die Stadtverordneten stimmten der Erhöhung des Preises für elektrisches Licht von 7,50 M. auf 10 M. und für elektrische Kraft von 5 M. auf 7 M. zu. Dadurch soll eine Mehreinnahme von 250 000 M. erzielt werden. — Die Eisenbahn-Generaldirektion hat der Stadtverwaltung mitgeteilt, daß sie wegen gänzlicher Unrentabilität die Staatliche Kraft-wagen-Linie Mittweida—Frankenberg—Götha—Plauen ein-stellen müsse und die neu vorgesehene Linie Mittweida—Leisnig aus gleichem Grunde nicht eröffnen könne.

**Kuerbach.** Seit einigen Tagen hat sich der 16jährige Sohn Rudolf des Kolonialwarenhändlers Walter Schmalz, Klingenthaler Straße, hier von der elterlichen Wohnung ent-fernt. Bekannten jungen Leuten gegenüber soll er vorher geäußert haben, er habe vor 4 Wochen etwas unterschrieben und müßte eine Reise antreten, die über Berlin nach Belgien gehe. Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß der junge Mensch Werbem der Fremdenlegion in die Hände gefallen ist.

**Jöhly.** Bekanntlich ruht der Fabrikbetrieb der Werkzeug- und Maschinenfabrik „Wemag“ (Inh.: Peter Gluth), nahezu zwei Jahre lang. Nach sehr vielen Verhandlungen mit einer ganzen Anzahl Firmen sind nunmehr die Kaufverhandlungen mit der Firma Motorenwerke J. S. Rasnussen, Schopau i. Erzgeb., endgültig abgeschlossen. Die Wiedereinrichtung der Fabrik, die von allen Seiten begrüßt wird, dürfte jedoch etwa 2—3 Monate Zeit benötigen wegen der umfangreichen Bauarbeiten aller Art und der Beschaffung der Maschinen. Auch für die Stadt selbst nahm der Verkauf dieser Fabrik einen sehr zufriedenstellenden Verlauf.

**Edvan.** Eine auch für andere Gemeinden wichtige Frage behandelte der Stadgemeinderat in seiner letzten Sitzung. Die Stadt hat beschlossen, den Volksschulen unentgeltlich Schreibebücher zu geben und hierfür 150 000 M. jährlich bewilligt. Jetzt hat die Seminarübungsschule angefragt, ob diese teilweise Lernmittelfreiheit auch auf sie Anwendung findet. Der Schulausschuß hat das verneint; darüber hat das Seminar dem Stadgemeinderat sein Befremden ausgedrückt. In diesem erklärte Stadtrat Bezirkschulrat Dr. Wünsche, die Seminarübungsschule sei Standeschule. Die Kinder, die Lernmittelfreiheit haben wollen, sollten in die allgemeine Volksschule gehen. Die Bürgerlichen beschloßen aber, die Lernmittelfreiheit auch auf diese Schule auszudehnen. Darauf antwortete die Linke mit dem Antrag auf Einführung der vollständigen Lernmittelfreiheit in sämtlichen Schulen, aber den in der nächsten Sitzung beraten werden soll.

**Jlka.** Dreizehn Schwindelkünstler verübte der Arbeiter Johannes Gintler aus Chemnitz. Er besuchte hiesige Familien, denen er vorführte, Emaillegeschirre immer derartig neu zu emaillieren, daß sie in 3 Stunden wieder gebrauchsfähig sind. Für einen Löffel angebliches Emaillepulver verlangte er 3 M. Der Knirsch erwies sich als unecht; zweifellos ist dazu Gips oder Schleimkräde verwendet worden. Auch in Baugen ist der Schwindler mit Erfolg aufgetreten.

## Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 16. Juni.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst einige unwesentliche Anträge.

**Abg. Wittmann (U.Soz.)** beantragt, die Interpellationen über die Vorkommnisse in Königsberg sofort auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Antrag wird gegen Unabhängige und Kommunisten abgelehnt.

Die Zwangsanzleihevorlage und der Einkommensteuerrücktrag sollen morgen auf die Tagesordnung kommen und dann mit dem Erbschaftsteuerrücktrag dem Ausschuß überwiesen werden, der am Dienstag seine Arbeiten aufnehmen wird.

Das Gesetz zur Erhöhung der Beiträge aus der Unfallversicherung für Gefangene wird angenommen. Der Entwurf eines Ausfuhrabgabengesetzes wird einem Ausschuß überwiesen. Die Vorlage über die Vergütung von Leistungen für die bewaffnete deutsche Macht wird angenommen.

Es folgt

### Die erste Lesung der Schlichtungsordnung.

Hierbei erklärt **Abg. Giebel (Soz.)**, die Unternehmer hätten an diesem Gesetz nur dann Geschmack, wenn die Beschränkung der Gewerkschaften dadurch eingeschränkt werde.

### Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Der oft erhobene Vorwurf überfüllter Gesetzeshäufen trifft auf diese Vorlage nicht zu. Wir bedürfen des Gesetzes dringend, um nicht die Unbilligkeit des gesamten Arbeitsrechtes zu gefährden. Es wäre heute geradezu ein Verbrechen am deutschen Volke, wenn man nicht alles daran setzte, die Herstellung des Wirtschaftsfriedens mit allen, auch gesetzlichen, Mitteln zu erreichen. Die Verfassung fordert die gleichberechtigte Mitarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Lohnfestsetzung. Sie erkennt daher die Gewerkschaften an. Die Arbeitnehmer haben einen ganz anderen Einfluß gewonnen als früher. Diese Entwicklung muß wirksam führen, die wirtschaftlichen Benachteiligungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern immer mehr zu beseitigen. Heute spielen sich aber gerade die erbittertesten und tollsten Kämpfe in den gemeinnützigen Betrieben ab. Wenn große Verkehrsunternehmen auch nur wenige Tage stillstehen, die Kohlenversorgung auch nur eine Woche stockt, so steigen alle Preise. Daher richtet sich heute ein Arbeitskampf, wenn auch ungewollt, gegen die Allgemeinheit, weniger gegen das Privatkapital als gegen die Arbeitskollegen, wenn auch in anderen Zweigen.

**Abg. Ehrhardt (Ztr.)** betont die Notwendigkeit des Arbeitsfriedens und verurteilt Streiks aus machtpolitischen Gründen auf das Schärfste.

**Abg. Graef (Dnl.)** stimmt dem Ziele des Entwurfs zu. **Abg. Kaufmann (U.Soz.)** nennt das Gesetz keine Schlichtungsordnung, sondern eine Vorlage gegen den Streik.

— Berlin, den 17. Juni.

Der Gesetzentwurf über die Entschädigung der Schiffsbesatzungen und Vertrauenspersonen, der eine Erhöhung der bisherigen Entlohnung vorsieht, wird angenommen. Die Gesetzentwürfe über die Verträge mit Frankreich, besonders über die Ausführungen der Reparationsleistungen werden dem auswärtigen Ausschuß überwiesen.

### Die Zwangsanzleihe.

Auf der Tagesordnung steht dann die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Zwangsanzleihe und die Anträge Erspien (U.Soz.) zum Einkommensteuergesetz und Dr. Curtius (D.Sp.) und Bergt (Dnl.) über die Verwendung des Erbschaftsteuergesetzes. Alle vier Vorlagen sollen dem Steuerauschuß überwiesen werden.

**Abg. Höllken (Komm.)** wendet sich gegen eine Verbesserung des Erbschaftsteuergesetzes.

Damit schließt die erste Lesung. Die Vorlagen werden sämtlich dem Steuerauschuß überwiesen.

### Die Schlichtungsordnung.

Darauf wird die erste Lesung der Schlichtungsordnung fortgesetzt.

**Abg. Maßahn (Komm.)** lehnt die Vorlage ab, die darauf dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen wird. Das Haus vertagt sich auf Montag 3 Uhr: Regelung des Verkehrs mit Getreide.

## Russische Enthüllungen.

Aus den Veröffentlichungen von Geheimdokumenten des Archivs des russischen auswärtigen Amtes, die von der russischen Regierung in einem Blaubuch herausgegeben werden sollen, bringt der „Manchester Guardian“ eine Auswahl schon vor dem Erscheinen des Buches. Wir entnehmen der Nummer vom 15. Juni folgenden Brief des russischen Botschafters in Paris Kowolst an den auswärtigen Minister in Petersburg vom 6./19. August 1911, worin die Frage der Beeinflussung der französischen Presse behandelt wird.

„Ich schreibe Ihnen heute in Eile einige Zeilen, um Sie wissen zu lassen, daß ich mit dem heutigen Geldkurier einen Brief an Herrn Kozolow (der russische Finanzminister) schickte, worin ich, vorläufig als eine durchaus private Anregung meinerseits, die Notwendigkeit behandle, mich, im Hinblick auf die drohende internationale Krise, mit genügend Geldmitteln zu versehen, um die hiesige Presse zu beeinflussen.“

Es ist mir eben erst mit großer Mühe gelungen, eine falsche Auslegung unserer Unterzeichnung einer Übereinkunft mit Deutschland betr. Persien zu verhindern und das gerade in diesem kritischen Augenblick. Aber dieser Erfolg ist lediglich zufällig und es ist sehr wichtig, ein geeignetes und wirksames Mittel an der Hand zu haben, um die einflussreichen Organe der hiesigen Presse zu lenken, welche, fast ohne Ausnahme, nur auf „Klingende“ Argumente reagieren.

Man muß sich nur daran erinnern, welche große Rolle die geschickte Verteilung von Geld unter die französischen Zeitungen durch Graf Revenhillier während der bosnischen Krise spielten. Ich bin im Begriff, Herrn V. B. Kozolow zu fragen, ob er meine Bitte als ungenügend in diesem Augenblick betrachte. In welchem Falle ich nicht verstehen werde, ihm Erwägungen hinsichtlich des notwendigen Geldbetrages und der Art seiner Verteilung zu unterbreiten.“

Auch dieser Brief ist ein bezeichnender Beitrag zur Frage der Kriegsschuld. Rußland suchte durch Befragung der maßgebenden französischen Zeitung die öffentliche Meinung in Frankreich gegen Deutschland auf und in Petersburg sollte umgekehrt in gleicher Weise der französischen Fronten. Wer in solcher Art die Böller aufeinanderbeißt, der darf wahrlich die Schuld am Kriegsausbruch nicht dem friedliebenden Deutschland beimessen, das sich derartiger schädlicher Mittel nie bedient hat.

**Abschiedsgruß an Oberschlesien.**  
Ein Aufruf des Reichspräsidenten.  
Anlässlich des Raubes eines großen Teiles von Oberschlesien und dessen Übergabe an die Polen haben der Reichspräsident, die Reichs- und die preussische Staatsregierung einen Aufruf an die gesamte Bevölkerung Deutschlands gerichtet, und darin vor allen Dingen noch einmal feierliche Rechtsverwahrung gegen diesen Gewaltakt eingelegt. In dem Aufruf heißt es u. a.:

Der Trauertag ist angebrochen, den zu vermelden wir drei Jahre lang heiß gekämpft haben! Ein Teil von Oberschlesien wird heute einem fremden Staatsverband einverleibt. Ein Teil von dem Land, dessen Unglücksbarkheit so oft von den Staatsmännern und Sachverständigen aller Länder, am meisten von den Oberirdischen selbst, betont worden ist. Ein kostbares Stück deutscher Erde, das in jahrelanger Arbeit durch deutsche Hand und deutsche Tüchtigkeit zur höchsten wirtschaftlichen Blüte gebracht ist, wird dadurch vom Mutterlande losgerissen.

Vergeblich waren unsere Bemühungen, die Widerwärtigen davon zu überzeugen, daß nicht nur die Verpflichtungen des Verfallenen Vertrages, sondern auch das Recht der wirtschaftlichen Verantw. die Einheit fordern. Der Genuß davon hat diesen stehenden, lebendigen Organismus grausam geschnitten. Gegen diesen Spruch haben wir eine für alle Zeiten gültige Verwahrung eingelegt.

Oberschlesien, die Ihr heute von uns scheiden müßt! Euch rufen wir die letzten Abschiedsgrüße zu. Habt Dank für Euren Treue! Die Gesetze, mit denen Ihr diesen Tag erlebt, teilen mit Euch das deutsche Volk. Wir haben uns bemüht, durch ein Abkommen mit Polen Euch und ganz Oberschlesien nach Möglichkeit zu helfen. Auf klarer Rechtsgrundlage soll Euch vor allem das Gut erhalten werden, in dem Ihr hängt, wie wir: Die deutsche Kulturgemeinschaft, die deutsche Sprache, das deutsche Heimatgefühl.

Zum Schluß wendet sich der Aufruf an die Oberschlesier, die bei Deutschland bleiben. Ihnen soll nach Kräften geholfen werden, die schweren Wunden zu heilen, welche ihnen die Jahre der Bedrückung zugefügt haben. Mit einer Mahnung an sie, sich trotz der berechtigten Erbitterung zu keiner ungeselligen Handlung hinreißen zu lassen und dem Gebot: „Oberschlesier! In der Schicksalsstunde, die Euch Heimatländ gereicht und den Bruder vom Bruder trennt, reißt Euch das ganze deutsche Volk die Hand!“ schließt der Aufruf.

**Eine deutsch-polnische Erklärung.**  
Der deutsche und der polnische Bevollmächtigte zu den Verhandlungen betreffend die Übergabe des ober-schlesischen Abstammungsgebietes veröffentlichten folgende Erklärungen:

„Seitens der deutschen und der polnischen Regierung werden die Gewalttätigkeiten, die in letzter Zeit in Oberschlesien mit dem Ziele begangen wurden, einen Teil der ober-schlesischen Bevölkerung von ihrem Wohnsitz zu verjagen, aufs Schärfste verurteilt. Diese Gewalttätigkeiten erscheinen um so empfindlicher und zweckloser, als die beiden Regierungen die bestimmte Absicht haben, sobald sie die Verwaltung der ihnen zugesprochenen Gebiete in die Hand genommen haben, den Verjagten die Rückkehr zu ermöglichen und dafür zu sorgen, daß sie in ihren Wohnsitz bleiben können.“

In den Übergabebestimmungen ist ausdrücklich festgesetzt, daß, sobald ein Kreis den deutschen oder den polnischen Behörden übergeben worden ist, der Kreis sich ohne weiteres unter die Herrschaft der deutschen bzw. der polnischen Regierung stellt.“

## Sechs Punkte!

**Berechtigte Forderungen Deutschlands.**  
Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht im Anschluß an die geschickten Anleiheverhandlungen in Paris einen im Inlande, namentlich aber im Auslande viel besprochenen Artikel, den sie „Deutschlands sechs Punkte“ nannte. Es werden in dem Artikel die Gründe für unsere augenblickliche Kreditunfähigkeit dargelegt und gleichzeitig sechs Forderungen erhoben, deren Erfüllung seitens der Entente diesem Uebelstande abhelfen könne. Diese sechs Forderungen lauten:

1. Räumung von Tilsburg, Düsseldorf, Ruhrort und Fortfall der 26prozentigen Ausfuhrabgabe.
2. Räumung der besetzten niederheinischen Länder.
3. Räumung des Saarlandes.
4. Freigabe des deutschen Handels mit Zuzug und durch den „Korridor“, wie in Versailles stipuliert worden ist.
5. Grenzregulierung in Oberschlesien gemäß Versailles Frieden.
6. Aufhebung des Meißnerbegünstigungszwanges.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ versteht diese Forderungen mit einer kurzen, aber klaren Begründung und erklärt dann: „Nur Erfüllung mindestens dieser sechs Forderungen könnte Deutschland befähigen, seine Schuld abzutragen. Wer in der heutigen Menschheit noch Empfinden für Recht und Billigkeit oder in den Völkerschicksale gestaltenden Politikern Verständnis für Weltwirtschaftlichkeit vermutete, würde sich mit den sechs Punkten nicht befassen. Ohne ihre Erfüllung steht Deutschland früher oder später vor unbezahlten Gläubigern als Bankrotter oder gar Desperado, der das Innere seiner leeren Taschen nach außen zieht und mit Aufstöhnen erklärt: „Hier seht ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir!“

Endlich stellt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ noch mit Genehmigung fest, daß ihre „Ausführungen unter obiger Überschrift, welche dargelegt, wie allein Deutschland in die Lage gesetzt werden kann, die ihm aufgebürdete Schuldenlast abzutragen, ein lautes und hoffentlich nachhaltiges Echo im In- wie Auslande werden.“ — Eine besonders nachhaltige Wirkung erzielte der Aufruf in Amerika, wo die Blätter stark darauf verwiesen und ihn eingehend in für Deutschland nicht ungünstigen Sinne besprochen.

## Verdoppelung des Brotpreises.

Erklärung des Ernährungsministeriums.

Die Vorlage über die Getreidemenge, die die Zustimmung des Reichsrats gefunden hat, ist dem Reichstag zugegangen. Der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, Dr. Behrnci, gab der Presse in den Grundzügen die Gesichtspunkte bekannt, von denen die Regierung sich bei dem Festhalten an der Umlage hat leiten lassen. Der Ausgangspunkt für die Wiedereinführung des Umlageverfahrens ist der, daß die Inlandsenergie in keiner Weise ausreicht, und daß weiterhin keinerlei Sicherheit besteht, daß im Wege des freien Handels das erforderliche Auslandsgetreide herangeschafft werden kann.

Nach den weiteren Darlegungen des Staatssekretärs wird der bisherige Getreidepreis auf das Doppelte erhöht werden müssen, da Verbilligungsgelder wie im Vorjahre nicht zur Verfügung stehen und mindestens die gleiche Menge Auslandsgetreide wie im Vorjahre eingeführt werden muß. Um den Preis für Marktbrot einigermaßen erträglich zu gestalten, soll der Preis der Marktbrotberechtigung nach Einkommen und Vermögen begrenzt werden. Die Festsetzung dieser Bestimmungen wird durch den Reichsfinanz- und Ernährungsminister unter Zustimmung des Reichsrates erfolgen. Das Marktbrot wird jedoch nicht wesentlich billiger als das marktfreie Brot werden.

Zur Getreidemenge selbst, der aus den Kreisen der Landwirte noch Widerstände entgegenzusetzen werden, hofft die Regierung, daß die Landwirte der durch Gesetz festgelegten Notwendigkeit sich nicht verschließen werden. Die entsprechende Gesetzesvorlage ist an den Reichstag gegangen.

## Politische Rundschau.

— Berlin, 19. Juni 1922.

Der Wiederherstellungsausschuß hat endgültig des am 27. Februar von Demelmans in Berlin unterzeichneten Abkommen angenommen.

Die Getreidemenge vom Reichsrat genehmigt.  
In seiner letzten Sitzung beschloß der Reichsrat mit dem Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922. Die Vorlage verlangt wieder wie im Vorjahre eine Umlage von 2½ Millionen Tonnen. Der Reichsrat stellte sich in der Aussprache auf den Standpunkt der Regierung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Brotverfertigung allein gesichert ist auf dem Wege der Umlage. Besonderes Gewicht wurde der Preisfrage beigemessen. Die Umlagepreise werden wesentlich höher werden als die bisherigen. Es soll der Landwirtschaft außer den Umlagekosten auch ein angemessener Unternehmergewinn gegeben werden. Die Abstimmung ergab 49 Stimmen für und 16 gegen die Vorlage.

Vor neuen Gefahren.  
An die Landräte und Bürgermeister der Provinz Pommern hat der preussische Innenminister Severing kürzlich bei seiner Anwesenheit in Stettin eine bemerkenswerte Ansprache gehalten. Er gab dabei u. a. der Meinung Ausdruck, daß die Industrie in der nächsten Zeit ähnlich schwierigen Verhältnissen entgegengehen wie in den Jahren 1917—19. Selbst wenn wir zur Stabilisierung der Mark kämen, würden wir doch erst in einer Reihe von Jahren auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig werden. Wesentlich sind seine auf Polen bezüglichen Ausführungen, die dahingingen: „Ich bin durchaus der Meinung, daß die Polen mit ihren Grenzen heute noch nicht zufrieden sind. Wir würden auf alle Fälle bei Angriffen der Polen auf unsere Landesgrenze die Leidtragenden sein, wenn sich in Ostpreußen, Pommern und Oberschlesien die Kräfte der Deutschen in Parteikämpfen zersplittern.“

„Aus dem Lande des Kaisers.“  
Die „Politische Rundschau“ gibt eine Ausgabe der „Neuen Züricher Zeitung“ wieder, wonach in Bern einige Gebiete mit der Angabe angeboten wurden, aus dem kaiserlichen Schatz in Berlin mit „Gegentakt“. Im Anschluß an die Mitteilung wird die

frage aufgeworfen, wie sie Wobelin nach der Schweiz gekommen sind, und wird dabei auf die Taten, die im Schloß von Revolutionenbesetzung besetzt worden seien, hingewiesen. Der amtliche Preussische Pressedienst erklärt von zuständiger Stelle, daß weder während der Revolutionszeit noch später Wobelin aus dem Berliner Schloß entwendet worden sind. Auch sind seitens der preussischen Regierung keine Verkäufe von Wobelin vorgenommen worden.

Die Sitzungen der hiesigen Konferenz wurden auf zwei Tage unterbrochen.

Die Zusammenkunft der russischen Delegation für die Haager Konferenz ist, wie der „Ost-Express“ erzählt, zummeist fest. Gegenüber den russischen Meldungen besteht die Delegation aus folgenden Mitgliedern: Altshov (Vorpresident), Stra, Matovski, Krestinski und Scharin.

Nach einem am 11. Moskauer Bericht ist Lenin aus Gesundheitsrücksicht bis zum Herbst von der Führung der Staatsgeschäfte beurlaubt.

#### Deutscher Sanierungsplan.

Die Beratungen über den Entwurf des Notensatzes werden energisch fortgesetzt. Es ist anzunehmen, daß das Statut und einzelne Bestimmungen wie z. B. die betreffend die Übernahme der Anleihe sehr bald zur parlamentarischen Beratung vorgelegt werden können. Die Arbeiten über den Finanzplan nähern sich ihrem Ende. Der für die Vorlage in Aussicht genommene Termin bis 21. Juni kann als feststehend gelten. Es vorher finden über den Finanzplan selbst und über Art und Weise seiner Erledigung interne Parteibesprechungen statt. Gegenüber vereinzelt anderslautenden Darstellungen im Ausland ist festzustellen, daß alle Parteien in den Dienst des Wiederaufbaus stehen.

#### Frankreich: Vertretungsvotum für die Regierung.

Nach einer Sitzung des Ackerbauministeriums über die in Frankreich bestehende Feuerung nahm die Kammer mit 478 gegen 89 Stimmen eine Tagesordnung an, durch welche sie die Erklärungen der Regierung billigt und ihre das Vertrauen ausspricht, daß sie eine Politik zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Erzeugung, der gleichen Behandlung für Industrie und Landwirtschaft und der Revision der Transporttarife befolgen werde.

#### Das russische Botschaftsgebäude.

Berlin, 18. Juni. Der Kirchenrat der Berliner russischen Gemeinde in Gemeinschaft mit der Großfürstin Xenia, verheiratete Schwester des ermordeten Zaren, eine Festungsfrage bei den Berliner Gerichten eingereicht auf dem Wege des Zivilprozesses die umstrittene Frage des Eigentumsrechtes an dem bekannte Berliner russischen Botschaftsgebäude zu klären.

#### Ausländer in der hiesigen Polizei.

Kattowitz, 8. Juni. Vom Regierungspräsidenten in Oppeln ist ein Telegramm ein, nach dem die hiesige Polizeiförderung aufgelöst sei. Daraufhin wurde die hiesige Polizei nach und nach von den Straßen zurückgezogen und ebenso wie die Kriminalpolizei entlassen.

#### Die neue Botschaft in Rom.

Rom, 18. Juni. In Anbetracht der Tatsache, daß der als neue Botschaftsgebäude aufgeführte Palazzo Vidoni nicht bezugsfertig ist, hat die deutsche Regierung vorübergehend das Rückkaufrecht des italienischen Staates, die in kurzem bezugsfähige Villa Wolsky bei der Porta San Giovanni erworben.

#### Die Not der Presse.

Bonn, 18. Juni. Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsvorleger beschäftigte sich mit der Not der deutschen Presse. Staatssekretär Professor Dr. Gieseler vom Reichswirtschaftsministerium gab die Grundgedanken des Gesetzentwurfs zur Einberufung der Not der Presse bekannt, den die Reichsregierung bereits angenommen hat. Der Gesetzentwurf stellt den Versuch dar, der wirtschaftlichen Notlage der deutschen Presse, die von der Reichsregierung und dem Parlament in vollem Umfang anerkannt wird, in gewissem Maße zu steuern.

#### Keine kleine Anleihe.

Berlin, 18. Juni. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß die verbreitete Meldung, daß zwischen der Gntiekommission und der Kriegslastenkommission Verhandlungen über eine kleine Anleihe stattfinden, zutreffend ist.

#### Die Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 18. Juni. Bei der Besprechung der Regierungsspielen des Reichstags schritt der Reichskanzler die Angelegenheit der Reichspräsidentenwahl an. Man beschloß, die Besprechungen fortzusetzen. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Regierungsparteien aus einem Antriebe wünschen, die Frage möglichst bald klären.

#### Reichstagsauflösung?

Bonn, 18. Juni. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ schreibt anscheinend parteiunabhängig zu den bevorstehenden Beratungen über die Getreideumlage u. a. folgendes: „Obwohl zweifellos die erdrückende Mehrheit der Volksextraktäre Getreidepreise will, könnte und müssten im Reichstag eine Mehrheit in Erscheinung treten, deren Absicht dem Volkswillen entgegensteht. In diesem Fall wäre nach demokratischen Grundsätzen die Notwendigkeit von Neuwahlen gegeben.“

#### Amnestie in Oberschlesien.

Dresden, 18. Juni. Zwischen dem deutschen Bevollmächtigten Eckardt und dem polnischen Bevollmächtigten finden Verhandlungen statt über eine gleichlautende deutsch-polnische Amnestie für diejenigen Oberschlesier, die in der Zeit der Abstimmung von den örtlichen Behörden abgeurteilt wurden in Fällen, die mit der durch die Abstimmung geschaffenen politischen Lage zusammenhängen.

#### Neuer deutscher Tiefendampfer.

Dresden, 18. Juni. Auf der Schichau-Werft lief der erste und größte Dampfer „Columbus“ für den Norddeutschen Lloyd vom Stapel. Das Schiff ist mit 32 000 BHP-Regler-Tonnen und über 40 000 Tonnen Wasserverdrängung nunmehr das größte Schiff der deutschen Handelsmarine.

#### Exkommunikation sozialistischer Lehrer.

— Elmburg, 18. Juni. Der Bischof von Elmburg hat drei sozialistische Lehrer exkommuniziert. Es handelt sich um drei katholische Lehrer, die in der sozialdemokratischen Parteibewegung eine Rolle gespielt haben.

#### Schweres Schiffsunglück.

Auf der Hamburger Vulkanwerft kenterte der brasilianische Dampfer „Avara“. Das Schiff sollte ausgedockt werden. Es verholte mit Hilfe von vier Schleppern rückwärts aus dem Dock und zeigte dabei Schlagseite nach Backbord. Beim Verholten des Schiffes in das Fahrwasser, als die Schlepper nach der Steuerbordseite herübergezogen, legte sich das Schiff nach der anderen Seite über, wobei schon die offenstehenden Bullaugen Wasser übernahmen. Nach kürzerem Wiederaufrichten erfolgte eine neue Krängung nach Steuerbord, und nunmehr kam das Schiff zum Kentern.

Die Werftfeuerwehr und zwei Bände der Hamburger Feuerwehrt sowie eine Sanitätskolonne waren fieberhaft tätig, um den letzten Mann aus dem Schiff zu bergen. Ob und wieviel Tote das Unglück gefordert hat, steht bis zur Stunde noch nicht fest. Die Zahl der Verletzten beträgt 118 Mann. Achtzehn Leute, die bewusstlos waren, sind wieder ins Leben zurückgerufen worden.

Bei den Rettungsarbeiten ereigneten sich einige schwere Unfälle. So wurde einem Arbeiter bei der Bedienung einer Sauerstoffflasche der rechte Arm abgeklappt. Während der Schweißarbeiten geriet ein Teil des Schiffsrumpfes in Brand, den die Feuerwehrt aber löschen konnte. Man fand eine farbige Stewardess tot auf. Vorläufig werden elf Arbeiter von Hamburger Ausrüstungsfirma, die auf dem Schiff arbeiteten, vermisst. Der Kapitän des Dampfers wurde bewusstlos ins Krankenhaus gebracht.

Beim Ein- und Ausdocken sowie beim Verholten eines Schiffes trägt nach den Dockbestimmungen des Hamburger Docktarifes die Dockwerft keinerlei Verantwortung für die Stabilität des Schiffes und für sonstige mit dem Schiff getroffene Maßnahmen. Es ist lediglich Sache des Schiffsführers, für richtige Füllung des Ballasttanks Sorge zu tragen, damit das Schiff jederzeit genügende Stabilität hat. Diese Sorgfalt ist hier offenbar von der Schiffsbefehlung, die aus Ausländern besteht, außer Acht gelassen worden.

Das Schiff ist der ehemalige Norddeutsche Lloyd-Dampfer „Serra Cabado“ und gehörte dem Lloyd-Braunkohl. Das Schiff hat eine Größe von 8220 Bruttoregistertonnen. Es kam am 7. Juni auf das Dock 8 der Vulkanwerft, um einen neuen Bodenansatz zu erhalten. Ferner sollten einige kleinere Reparaturen vorgenommen werden.

#### Aus Stadt und Land.

Neuer Sprengstoffanschlag in Hamburg. In Hamburg erfolgte im ersten Stockwerk des Gebäudes der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“ eine heftige Detonation. Es eilten sofort Feuerwehrt und Polizeibeamte herbei. Die sofort eingeleiteten Ermittlungen ergaben, daß der im ersten Stockwerk an der Tür befindliche Briefkasten durch die Explosion vollständig zerstört war. Die Fenstergehänge waren gesprungen und die Türöffnung in Stücke gegangen. In den Vorraum der Zeitungsausgabe war eine zweite Sprengladung gelegt worden, die aber lediglich ausbrannte und nicht explodierte. Ein kleiner Bapartion, der mit Trakt umwickelt und mit Gipspapier zugestrichelt war, wurde beschlagnahmt. Auch hier dürfte wieder mit Schwarzpulver gearbeitet worden sein. Eine Frau will einen etwa 20-jährigen Mann gesehen haben, der eiligst den fraglichen Raum verließ und die Treppe hinunter eilte. Die Polizei hat inzwischen eine Person verhaftet, doch ist es noch zweifelhaft, ob diese für die Tat in Betracht kommt.

Fünfzig Willkürverbrechen aufgeföhrt. In Köln wurde ein Schwerverbrecher verhaftet, der in seinem Lebenslauf die Täterhaft in mehr als fünfzig Willkürverbrechen zugefallen hat. Außer den württembergischen Städten Heidenheim, Tübingen und Ludwigsburg, wo der Gauner in den Jahren 1920 bis 1922 Gastrollen gegeben hat, ist er noch in zahlreichen anderen Städten Mittel- und Süddeutschlands aufgetreten. Das aus den Willen erbeutete Silberzeug ist in die Hände mehrerer Stuttgarter Dieber gelangt, von denen die Silberstücke mit wenigen Ausnahmen eingeschmolzen und in Barrenform weiterverkauft worden sind. Eine ganze Reihe von Personen wurden wegen gewerbsmäßiger Diebstahl verhaftet.

Deutschlands Noterhebung ist ein recht trübseliges Kapitel unserer Tage. Niemand wird die Tragik bezweifeln, die darin liegt, daß unsere „Sieger“ es sich nicht in allen unseren Gauen heimisch machen und bei gewissen „Nur-Geschäftsmännern“ besser angefahren sind, als die eigenen Volksgenossen. Wenn wir aber diese Zustände mit Würde zu ertragen wüßten und in der Ausbildung der Gastfreundschaft weitergingen, als es tunlich war, so darf das allerdings für die maßgebenden Stellen in Deutschland kein Anlaß sein, den Ausländern des zahlreichen Ausländerbesuchs in unserem verarmten Lande mit der notwendigen Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Folgen der durch die Ausländeraluta erzeugten Preiserhöhung sind einfach unerträglich: forderte doch eine Pension in dem hübschen Bad Binz allein an die 4 Zimmer-Wohnung für vier Wochen den Preis von 25 000 Mark von einem Deutschen mit der Begründung, daß unter diesem Preis nichts zu haben sei, da alle anderen gleichwertigen Wohnungen von Ausländern gemietet seien. So geht manchem deutschen Stadtbewohner ein wohlverdienter Sommeraufenthalt in frischer Luft verloren, weil er materiell an eine Erfüllung der Nepp-Ansprüche in Kurorten gar nicht denken kann. Mit Recht macht zu

diesen nicht anders als Skandalis zu bezeichnenden Zuständen ein Berliner Blatt folgenden an die Adresse der Regierung gerichteten Vorschlag: „Sollen kann nur für ausländische Bergnütungsreisende die Erhebung einer hohen Kopfsteuer von mindestens 1000 Mark für jeden Tag Aufenthalt in Deutschland, das gegen Verbot des privaten Valutaaufschlages“ durch die Pensioninhaber und Geschäftsleute. Darunter müssen die deutschen Reisenden selbst zu sehr leiden. Die Steuer kommt der Allgemeinheit, der „Valuta-aufschlag“ aber kommt nur den einzelnen Geschäftsleuten zugute.“

Eine furchtbare Heberaktion erlebte ein Chosmann aus Breslau, als er von seiner Arbeitsstätte heimkehrte. Seine Frau lag in der Wohnung mit durchschnittener Kehle auf dem Fußboden. Neben ihr lag ein Mann, ebenfalls mit durchschnittener Kehle. Man nimmt an, daß er den Mord begangen, und als er dabei überrascht wurde, Selbstmord verübt hat. Bei ihm wurden 300 Mark und Papiere auf dem Namen eines 42-jährigen Paul Wolff aus Berlin vorgefunden.

Schwer bestrafte Leichtsinn. Auf dem Bahnhof Rostow waren mehrere Arbeiter eines in der Nähe liegenden Gutes mit dem Entladen von leeren eisernen Spiritusfässern beschäftigt. Ein polnischer Arbeiter wollte sehen, ob noch Spiritus im Faß sei und leuchtete mit einem Blindholz hinein. Die im Faß befindlichen Gase fingen Feuer und brachten das Faß zur Explosion. Der polnische Arbeiter wurde im Gesicht stark verbrannt, ein Auge wurde zerstört. Ein deutscher Gutsarbeiter namens Christ wurde von dem aus einanderfliegenden Eisenstücken stark verletzt und starb bald darauf.

Die Mäntel werden abgeworfen. Die polnische Regierung hat einen Orden für die Ausländer in Oberschlesien gestiftet. Bisher bestand nur ein von privater Seite gestiftetes Erinnerungszeichen, dessen Tragen aber offiziell verboten war. Das Band des neuen Ordens wird wie andere Orden auch an den Uniformen getragen. Die polnische Regierung übernimmt durch diesen Orden also vor aller Öffentlichkeit die Verantwortung für die oberschlesischen Ausländer.

Katastrophale Feuerbrunst in Amerika. In New York auf Long Island (New York) ist eine katastrophale Feuerbrunst ausgebrochen, die 500 Villen und Wohnhäuser zerstört hat. 20 000 Einwohner sind obdachlos. Der Schaden wird auf vier Millionen Dollar geschätzt.

Der Goldschmied der „Lusitania“. Von New York läßt jetzt der Brackdampfer „Blakely“ aus nach der Stelle, wo die „Lusitania“ liegt, um den Versuch zu machen, den Schatz zu heben, den der Dampfer in seiner Stahlkammer mit sich führte. D. F. Levitt, der Erfinder neuer Tauchergänge, die gestatten sollen, unter 275 Fuß unter Wasser zu arbeiten, hofft, daß drei Wochen genügen werden, um den Goldschatz aus der Stahlkammer herauszuholen. Nitroglycerin wird für die Sprengarbeiten verwendet werden. Eine 30 Tonnen schwere Plattform wird im Wasser angelegt werden, um den ebenso schweren Goldschatz zu heben.

#### Soziales.

Neuer Schiedsspruch im Bergbau. Halbanth wird mitgeteilt: In den schwebenden Arbeitsfragen des Ruhrbergbaues fanden in den letzten Tagen erneut Verhandlungen zwischen dem Arbeiterverband und den Bergarbeiterverbänden im Reichsarbeitsministerium statt. Im Verlauf dieser Verhandlungen wurde zur Regelung der Lohnfrage ein Schiedsspruch gefällt, der den durch Abbruch der Anleiheverhandlungen veränderten Verhältnissen Rechnung trägt. In den Fragen des Manteltarifs konnte über eine Reihe weiterer Punkte die Verständigung zwischen den Parteien gefördert werden. Die beteiligten Verbände werden sich bis zum 29. Juni darüber schlüssig werden, ob sie den Schiedsspruch und den Manteltarif in seiner geänderten Form annehmen wollen, und ob auf der durch die Verhandlungen geschaffenen neuen Grundlage der Abschluß eines Ueberbundensabkommens möglich ist.

Die Arbeitszeit im deutschen und ausländischen Bergbau. Angesichts der Ablehnung des Ueberbundensabkommens durch die Bergarbeiter, in dem an vier Tagen der Woche eine Ueberarbeit von je einer Stunde vorgesehen war, dürften Nachrichten über die Arbeitszeit im ausländischen Bergbau interessieren. So beträgt z. B. die Arbeitszeit des englischen Bergmanns 7 Stunden, wobei aber die Ein- und Ausfahrt nicht mitgerechnet werden, so daß die tatsächliche Arbeitsdauer des englischen Bergmanns unter Tage durchschnittlich 7 Stunden und 37 Minuten beträgt. Im Ruhrbergbau sind dagegen bei der 7-Stunden-Schicht Ein- und Ausfahrt eingerechnet, mithin ist hier die Arbeitszeit 37 Minuten länger, als im englischen Bergbau. Im übrigen Ausland liegen die Verhältnisse ähnlich. Die Arbeitszeit des Bergmanns in Belgien und Deutsch-Oesterreich beträgt täglich 8 und höchstens 48 Stunden. In den Niederlanden, in Polen und der Tschechoslowakei wird täglich 8 Stunden gearbeitet. Die Vereinigten Staaten kennen keine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, wie die meisten europäischen Staaten. Die freigelegte Arbeitszeit der Bergarbeiter beträgt 8, 9 oder 10 Stunden.

#### Risico

Roman von Max von Wichentzen (27. Fortsetzung)

„Sie wünschen Mister Scholl zu sprechen, der Deutschamerikaner, der seit Wochen in meiner Wohnung steht. Ich weiß nicht, um was es sich handelt und ob, was Sie mit ihm zu reden haben, geschäftlicher oder intimer Natur ist, aber soviel steht fest, daß der Mann der Schonung bedarf und nicht mehr wie verdrängt. Gestatten Sie mir die Frage, in welcher Verbindung stehen Sie zu ihm und was führt Sie zu ihm? Jedenfalls muß ich darauf hinweisen, daß er der größten Schonung bedarf, wenn tragische Folgen vermieden werden sollen.“

„Mein Name ist Paul Eckhard,“ entanete die junge Frau, nach kurzem Zögern. „Ich habe offenkundig

ernste Dinge mit Herrn Scholl zu besprechen, mich einer Botchaft zu entledigen, die ihn vielleicht angreifen wird; ich bitte Sie daher vor allem, mir die Natur seiner Krankheit zu erklären, um mir womöglich eine Handhabe zu geben, in welcher Art ich, ohne ihn allzu sehr anzugreifen, ihm das mitteilen könnte, was ihm vorzuenthalten ich nicht die Berechtigung besitze."

Der Blick des Arztes ruhte ernst und forschend auf dem jungen Mann.

"Sie bringen mich da in eine schwierige Lage, Herr Ebbard," bemerkte er nach kurzer Pause, "ich weiß als Arzt, daß bei dem schweren Herzleiden Mister Scholls jede starke Erregung, wenn auch nicht tödlich sein muß, aber es doch sein kann. Diefelbe wäre mithin um jeden Preis zu vermeiden. Andererseits habe ich in schweren Stunden am Krankenlager des Patienten in Erfahrung zu bringen Gelegenheit gehabt, daß irgend ein dunkles Geheimnis dessen Erregung befaßt, und wenn Sie aufklärend und beruhigend irgendwie in dieser Hinsicht einwirken können, so würden Sie dem Schwerleidenden möglicherweise wesentliche Beruhigung verschaffen."

Paul blinnte in tiefem Ernst vor sich hin. "Es ist mir nicht leicht, Herr Doktor, mit mir selbst darüber ins Klare zu kommen, in welcher Weise es mir gelingen soll, hinreichend schonungsvoll gegen den Kranken vorzugehen, der selbst die größte Schuld daran trägt, wenn das, was ich ihm zu sagen habe, heftig klingt; aber Sie mögen immerhin überzeugt sein, daß es mein ernstes Streben sein soll, nach Pflicht und Gewissen so schonungsvoll vorzugehen, als dies nur irgend möglich ist."

Doktor Weibergs Blicke richteten sich einige Sekunden fast durchbohrend auf den jungen Mann. Man las ihm ordentlich von den Lippen ab, daß er eine Frage stellen wollte und nicht recht wisse, wie diese zu formulieren sei. Endlich aber trug der Wille den Sieg davon über die zögernde Ungewißheit und er sprach ernst:

"Ich habe getan, was meines Amtes ist, habe Sie so weit orientiert, als es in meiner Macht gelegen, was Sie zu tun haben, müssen Sie nun selbst entscheiden. Jedenfalls halte ich es für angezeigt, daß Sie es mir übertragen, dem Kranken schonungsvoll mitzutheilen, daß jemand ihn zu sprechen wünscht. Je nach der Art, wie er diese Mitteilung auffaßt, wollen wir dann bestimmen, ob das Gespräch gleich stattfinden kann oder ob es auf eine fernere Zeit hinausgeschoben werden muß. Erwarten Sie mich hier, ich werde Ihnen in wenigen Augenblicken Kunde bringen."

Paul verneigte sich zustimmend und der Arzt verließ das Gemach.

Und so war es gekommen, daß Paul Ebbard wenige Minuten später das halbdunkle Gemach betrat, in dem, von Rippen gestützt, eine hagere abgeehrte Gestalt, das Bild der Krankheit und des Leidens, im Bewußtsein saß und mit gespannter Erwartung nach der Tür hinüberblickte, durch die der vom Arzt angemeldete Besuch eintreten sollte.

Zögernd stand Paul auf der Schwelle, er war furchtbar aufgeregt, sein Herz schlug ihm bis zum Hals hinauf. Allerdings hatte die geliebte Mutter ihm die Geschichte der Vergangenheit, so schonend, so milde als möglich mitgeteilt, aber wenn er auf die langen Jahre zurückblickte, in denen er den Vater für tot gehalten, so entfiel ihm doch mit peinlicher Klarheit so vieler Dinge, über die er früher kaum nachgedacht und die ihm nun in ganz anderem Lichte erschienen. Er entsann sich des Umstandes, daß seine Mutter unzählige heiße Tränen geweint, die, wie er geglaubt, nur dem Tode des Vaters gegolten, die aber, wie er nun begriff, durch die Schmach hervorgerufen worden waren, welche er ihr und seinem Kinde angetan.

... Kann man aber angetanes Unrecht vergessen, ohne charakterlos zu werden?

Diese Frage quälte ihn mehr, als er sich selbst eingestehen wollte. Alles, was er während der letzten vierundzwanzig Stunden von den Lippen der Mutter erfahren, hatte ihn so furchtbar erschüttert und angegriffen, daß er am liebsten einige Wochen Zeit hätte haben wollen, um sich zur Ruhe und Abklärung durchzuführen; aber das Schicksal war nicht so barmherzig, ihm diese zu gönnen, ob er wollte oder nicht, es blieb ihm nichts anderes übrig, als gleich zu handeln.

Angesichts der Jammergestalt aber, die da vor ihm zusammengekauert im Lehnstuhl saß und mit — er konnte sich das nicht verhehlen — geradezu angst-erfüllten Augen zu ihm hinüberstarrte, sah er plötzlich das Bild der geliebten Mutter vor sich, hörte er ihre leise, sanfte Stimme, die ihm zurief:

"Sei mild, sei gut, mein Junge!"

Und mit Aufwendung seiner ganzen Willenskraft trat er näher, legte seine Hand auf die Rücklehne des Lehnstuhles, in dem der Kranke saß und sprach leise:

"Ich bin als Antwort auf einen Brief gekommen, der geschrieben wurde" — und nach sekundenlangem Zögern fügte er hinzu: — "Ich bringe Gruß und Verzeihung. Daß es erst jetzt geschieht, ist auf die Ursache zurückzuführen, daß sie, an die jenes Schreiben gerichtet war, infolge der Aufregung schwer erkrankte und mich erst jetzt zum Sendboten ihrer Wünsche machen konnte."

Der Kranke hatte sich ausgerichtet und starrte den Sprecher mit weit aufgerissenen Augen an.

"Und wo... wer sind Sie?" stammelten mühsam seine bleichen Lippen.

(Fortsetzung folgt.)

3. Berlin, 17. Juni. (Schlachtwirtschaft.) Auftrieb: 3637 Rinder, 935 Bullen, 385 Lämmer, 2017 Kühe, 9085 Kälber, 9067 Schafe, 6934 Schweine, 68 Flegel, 93 Rinder aus Dänemark, 18 Rinder und 91 Schweine aus dem Memelgebiet. Preise für 1 Zentner Lebendgewicht: Lämmer 2000—2800, Bullen 1800—2700, Kühe und Kälber: 1000—2800, Rinder 1500—4000, Schafe 1800 bis 2600, Schweine 3800—4900. Rinder schlappend, bleibt erheblicher Ueberland, Kälber langsam, Schafe ruhig und Schweine in guter Ware glatt, sonst ruhig.

## Volkswirtschaft.

**Wochenbericht des Deutschen Landwirtschaftsvereins.**  
Die Wirtschaftslage des Produktionsmarktes zeigte überwiegend feste Haltung, in erster Reihe beeinflusst durch die Gestaltung der Devisen. Das resultierende Auseinandergehen der Anleihekommision hatte wieder den Dollar von 278 auf 318 1/2 Mark in die Höhe schnellen lassen und damit auch eine kräftige Anregung für die Kaufkraft und Nachfragefrage gebracht. Was das Geschäft in Inlandsweizen betrifft, so hatten die Mühlen einige Tage hindurch außerordentlich großes Wehlgeschäft. Daher schrieb sich eine kräftige und täglich anhaltende Nachfrage für inländische Weizen. Roggen ist von der Reichsgetreidekasse in ansehnlichen Partien bei großen Firmen gekauft resp. gegen Auslandsweizen eingetauscht worden und wurde dadurch alltäglich in ansehnlichen Mengen in Umlauf gebracht. Für Gerste ist die Situation sehr fest geblieben. Im Hafergeschäft macht es sich dauernd fühlbar, daß weder Konsum noch Handel größere Vorräte besitzen, so daß es der laufende Bedarf ist, der alltäglich neue Anschaffungen erzwingt. Für Mais kam ein sehr großes Geschäft zustande, und zwar zum Teil auf spätere Lieferung an inländische östliche Firmen.

Wien, 17. Juni. (Börse und Markt.) Die Kurse, die im freien Verkehr genannt wurden, weisen fast ausnahmslos Aufbesserungen auf. Die neue Steigerung der Auslandsdevisen (Dollar 321) kam der Preisentwicklung der Wertpapiere zufluten. Oesterreichische Werte haben sich ebenfalls etwas gebessert.

Der Stand der Mark. Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	17. 6.	16. 6.	1914
100 holländische Gulden	12484	12309	167,— M.
100 belgische Franken	2651	2596	80,— "
100 dänische Kronen	6941	6868	112,— "
100 schwedische Kronen	8399	8189	113,— "
100 italienische Lire	1602	1583	80,— "
1 englisches Pfund	1455	1413	20,— "
1 Dollar	321	316	4,20 "
100 französische Franken	2806	2776	80,— "
100 schweizerische Franken	6112	6022	80,— "
100 tschechische Kronen	622	605	—,—" "

**Gedenktafel für den 19. Juni.**

1873 † Der Dichter Hans Sachs in Nürnberg (\* 1494) — 1838 † Der Philosoph Blaise Pascal in Clermont-Ferrand (\* 1623) — 1850 † Der Kupferstecher Matthäus Merian d. Jüngere in Schwabach (\* 1681) — 1792 † Der Dichter Gullav Schwab in Stuttgart (\* 1850) — 1867 † Ferdinand Maximilian, Kaiser von Mexiko, in Queretaro erschossen (\* 1832) — 1884 † Der Maler Ludwig Richter in Dresden (\* 1803) — 1902 † König Albert von Sachsen in Sibirienort (\* 1828) — 1918 Kaufmann Arminien erklärt sich als unabhängigen Staat.

## Letzte Nachrichten

Warum das Berliner Defizit so groß ist.

Der Haushaltsausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigt sich augenblicklich mit Personalfragen. Dabei wurden bei den Beamtengehältern 50 Mill., bei den Angestelltenbezügen 30 Mill. gestrichen. Berlin zählt gegenwärtig 35 000 städtische Beamte und 17 000 Hilfskräfte. Die Hilfskräfte kommen der Stadt jedoch bedeutend teurer zu stehen als die Beamten, weil der Magistrat von Reich und Staat nur für die Beamten Gehaltsanteile erhält, nicht aber für die Hilfskräfte. Von Magistratsseite mußte zugegeben werden, daß zahlreiche städtische Verwaltungsstellen überbesetzt sind und im Laufe der letzten Jahre erheblich gekündigt worden ist. Als besonders krasses Beispiel ist anzuführen, daß im Bezirk Berlin-Mitte in der Erwerbslosenfürsorge auf 1000 Erwerbslose nicht weniger als 188 Beamte und Angestellte kommen.

Unruhe in der Prager Kammer.

Prag, 17. Juni. Während der Schuldebatten im Prager

Abgeordnetenhaus kam es stürmischen Auseinandersetzungen zwischen den Deutschen und den Tschechen. Der deutsche Abgeordnete Scholl und der tschechische Nationaldemokrat Doh sowie der tschechische Abgeordnete Dax wurden miteinander handgemein und konnten nur durch das Zutreten anderer Abgeordneter auseinandergebracht werden. Als der tschechische Abgeordnete Lukac behauptete, die Deutschen hätten mit Hilfe der deutschen Reichsmark in der Tschechoslowakei ein wichtiges Netz in Schulen errichtet, so daß sie heute überfäufig sei, kam es zu tumultuarischen Szenen.

Neue Franzstruppen.

Koblenz, 19. Juni. Infolge der nächsten Wochen werden über 6000 Franzosen das bisher von den Amerikanern besetzte Gebiet, und zum weitaus größten Teil nach Koblenz und in dessen unmittelbare Nachbarschaft kommen. Außerdem wird in nächster Zeit ein Artillerieregiment eintreffen, das in Koblenz-Lügel Garnison nehmen wird.

Beginn der Finanzkontrolle.

Paris, 17. Juni. Das Pariser Finanzministerium reist heute nach Berlin ab. Ein französischer Finanzfachverständiger hat aus Anlaß der Abreise des Kommissars dem "Excelsior" erklärt, das Komitee sei von der Reparationskommission beauftragt worden, im Benehmen der deutschen Regierung alle die Vorbereitung der Wadg und der Finanzgesetze betreffenden Maßnahmen zu prüfen, sowie die Schaffungsoperationen und die deutsche schwebende Schuld zu beaufsichtigen. Das Komitee übt hierüber ein Überwachungsrecht aus, das der deutschen Staatshoheit keinen Abbruch tut, (1) jedoch die Reparationskommission in den Stand setzen muß, sich des tatsächlichen Standes der deutschen Finanzen zu vergewissern. Die tschechische Regierung kann und muß alles in ihrer Machtstehende tun, um ihre Finanzlage zu sanieren. Man habe also das in Berlin tätige Garantiekomitee sehr zu Recht mit der türkischen Schuldenkommission verglichen.

Nicht "sehr zu Unrecht", sonde mit vollem Recht vergleicht man in Deutschland das Pariser Komitee mit der türkischen Schuldenkommission. In diesem ersten Schritt ist das Ende nicht abzusehen.

Die französische Befehlshaber "requisiert" deutsche Kraftwagen

Von volksparteilicher Seite ist dem Reichstag nachstehende Anfrage zugegangen:

Der kommandierende General französischer Rheinarmee, Degousse, hat in dem ihm zugeteilten Gebiet eine große Anzahl von Kraftwagen für je Zwecke "requisiert", in einer Form, die eine glatte Mobilmachung darstellt. Zu einer solchen Mobilmachung ist der kommandierende General weder nach allgemein völkerrechtlichen Grundsätzen, noch nach den Bestimmungen des Rheinabkommens irgendwie befugt. Daß es sich hier um ein tatsächliches Mobilmachungsbefehl handelt, der den Kraftwagenbesitzern zugestellt worden ist, ergibt sich sowohl aus dem Wortlaut, der dem Reichsministerium des Innern Verfügung gestellt wird, wie aus dem Umstand, daß der Befehl auf gedrucktem Formular, französisch und deutsch, den Kraftwagenbesitzern zugeht. Wir fragen an:

1. Ist der Reichsregierung von dieser Mobilmachung etwas bekannt? 2. Welche Mittel gedenkt gegen diese Maßnahmen zu ergreifen?

Fußballsport.

Trotz des ungünstigen Wetters spielten gestrigen Sonntag die 1. Mannschaft der Fußballabteilung des Turnvereins "Frisch auf" — Dippoldiswalde gegen die 1. Elf "Wacker 1921" — Dresden. Das lebhafteste Spiel lieferte mit einem Siege für Dippoldiswalde (7 : 4).

## 300 Mark Belohnung.

Zwergrattler, schwarz, braun gezeichnet, Hündin, auf den Namen "Päpchen" hörend, im Stadtforst, Seltersdorf, Wälder entlaufen. Abzugeben in Seltersdorf b. Dippoldiswalde, Villa "Waldrath" bei Staebing.

## Hausmädchen.

zuverläßig, für kleinen Haushalt nach Berlin-Wilmersdorf sofort oder später gesucht. Gut. Gehalt und Verpflegung. Zu melden: Ruhmann, 3.3 Hans-Waldwiese Ripsdorf, Telefon Ripsdorf 165.

Guterhaltene

## Damenrad

zu verkaufen. Zu erfahren in der Geschäftsstelle.

## Verband Stoffe

Herm Lommatzsch  
Drogerie zum Eselant  
Dippoldiswalde.

## 5 Zentner reines Schüttstroh

verkauft  
M. Schubert, del. d. Klappermühle  
Bisitenkarten :: C. Jehne

## Suche ein mittelstarkes

## Arbeitspferd,

gleich welches Alter, für mittleres Gut, voraussetzt eventuell ein Saugfohlen. Offerten unt. "A. B." an die Geschäftsstelle.

## Schwache, schmerzende

## Augen

läßt und erfrischt wunderbar  
Dr. Bülsebs echter tiroler Enzianbranntwein. J. h. d. Herrn Lommatzsch, Drog. & Cie., Bruno Herrmann, Drog. & Auzug, Schmiedeb.

Einen

## 1a Zug- und Sattelochsen

rotbunt, verkauft preiswert  
Gasthof Großsilla.

## Bruchranke

können ohne Operation und Berufsunfähigkeit heilt werden. Sprechstunden Dresden, Büttlichstraße 29, bei Pantl, am 23. Juni von 11 Uhr.

Dr. med. Knopf,

Spezialarzt: Bruchleiden

Als Tropenarzt ist ich geeignet

## Lansitz

als Sanatorium, Angeb. unt. C. B. 174 Jussalldant Dresden.

## Lohnwäse

nimmt  
Brandt, Schuppe 103. J

Drucksachen aller Art



Carl Jehne, Dippoldiswalde